

Menschenrechte und Umweltschutz in den Entwicklungsländern

1. Wir alle kaufen Waren aus der Dritten Welt und profitieren mehr oder weniger vom Export deutscher Industrieprodukte. Manche verbringen herrliche Ferien unter der Sonne des Südens. Verhelfen wir damit nicht vielen armen Leuten zu Arbeit und einem bescheidenen Verdienst? Exportiert Deutschland nicht Investitionsgüter, mit denen die Entwicklungsländer wettbewerbsfähig Konsumgüter herstellen können?

Das mag in vielen Fällen stimmen, aber oft werden die Arbeiter*innen ausgebeutet, die Bauern und Fischer von ihrem Land vertrieben, auf dem industrielle Farmen oder Ferienparks eingerichtet werden. Und manchmal exportiert die deutsche Industrie gefährliche Produkte, die sie in Europa nicht verkaufen könnte. Einige Fälle aus den letzten Jahren:

2. Wenn Sie Ananas kaufen, kommen die meistens aus Costa Rica, z. B. von der Plan-

tage **Ananas Export Company SA**, einer Filiale des irischen Multis **Fyffes**. Die Arbeiter schufteten bis zu 14 Stunden in der Hitze; Schatten, Wasser und Toiletten gibt es nicht. Arbeiter, die der Gewerkschaft beitraten, um ihre Lage zu verbessern, wurden entlassen oder schikaniert. Und die entlassenen landeten auf einer schwarzen Liste, damit sie auf keiner anderen Plantage Arbeit finden.

Ferien an einem Strand von Sri Lanka! In den Bezirken von Ampara und Kalpitya wurden Bauern und Fischer vom Militär aus ihren Dörfern vertrieben, ihre Häuser verbrannt, ihr Land eingezäunt. Auf ihm bauten dann die Touristikunternehmen **Six Senses, Dutch Bay Resorts** und **Kuwait European Holding** ihre Hotels und Parkanlagen. Die Klage der Dorfbewohner vor dem Obersten Gerichtshof blieb unbearbeitet.

Das Schwellenland Brasilien will seine Mais-, Soja- und Baumwollproduktion steigern, indem es massiv Pestizide einsetzt. **Bayer** liefert den Großfarmern dafür u. a. **Larvin**, das in der EU verboten ist, weil es das krebserregende Nervengift **Thiodocarb** enthält. Die Pestizide finden sich im Trinkwasser wieder. Jedes Jahr vergiften sie 6000 Menschen, 148 von ihnen sterben daran.

3. Angesichts dieser und vieler ähnlicher Fälle, bleiben uns nur Mitleid und Empörung?



NEIN, denn in Deutschland, Europa und bei der UNO wird am Schutz von Menschen und Umwelt vor Schäden aus der Wirtschaftstätigkeit gearbeitet.

In **Deutschland** verlangt die **Initiative Lieferkettengesetz**, ein Bündnis von Menschenrechts- und Umweltorganisationen, Gewerkschaften und anderen, dass die Unternehmen gesetzlich verpflichtet werden, entlang ihrer gesamten Lieferkette Menschenrechte und Umweltschutz zu beachten. Darüber können Sie sich informieren und eine entsprechende Petition an die Bundeskanzlerin unterschreiben:

[lieferkettengesetz.de](https://www.lieferkettengesetz.de)

Der Menschenrechtsrat der **UNO** arbeitet seit 2014 an einem völkerrechtlich verbindlichen Abkommen zum Schutz der Menschenrechte vor Verletzungen durch Wirtschaftstätigkeiten. Wie die USA haben sich Deutschland und die EU aber nicht an diesen Verhandlungen beteiligt.



Hintergrund: Was die Initiative Lieferkettengesetz vom deutschen Gesetzgeber verlangt

1. Die Unternehmen sind gesetzlich zu verpflichten, bei ihren Geschäften im Inland und Ausland, von der Gewinnung der Rohstoffe an bis zur Abfallentsorgung die Menschenrechte und den Umweltschutz zu beachten.

2. Die Unternehmen haben ihre Tätigkeiten auf Risiken für Menschenrechte und die Umwelt hin zu untersuchen. Sie sind verpflichtet, auf dieser Grundlage Verstöße gegen die Menschenrechte und den Umweltschutz abzustellen.

3. Die Unternehmen haben öffentlich darüber zu berichten, wie sie ihre Sorgfaltspflichten eingehalten haben. Wenn sie das nicht tun, sollen sie ein Bußgeld zahlen oder von öffentlichen Aufträgen ausgeschlossen werden.

4. Für Menschen, die sich durch die Tätigkeit der Unternehmen in ihren Rechten verletzt fühlen, muss ein Beschwerdeverfahren eingerichtet werden.

5. Geschädigte müssen auch vor deutschen Gerichten klagen können.

Zur weiteren Information können Sie sich die Broschüre „Wirtschaft und Menschenrechte“ bestellen:

vertrieb@ewde.de



Heidelberger Bündnis für gerechten Welthandel

V.i.S.d.P: Wilfried Kühn, Olaf Mödinger

Kontakt zum HDBgW: hd-buendnis-fuer-gerechten-welthandel@posteo.de

Unser E-Mail-Verteiler: <https://listi.jpberlin.de/mailman/listinfo/hdbgw>

Mitglieder im HDBgW:

Attac HD | BUND Rhein-Neckar-Odenwald
Bunte Linke | DGB Nordbaden | GAL HD
Grüne Jugend HD | Jusos HD | Die Linke HD
Mehr Demokratie | NABU HD | ÖDP HD
Piratenpartei | SPD HD | SPD AfA HD
ver.di Rhein-Neckar | Werkstatt Ökonomie



Heidelberger Bündnis für gerechten Welthandel

**Menschenrechte
und
Umweltschutz
in den
Entwicklungs-
ländern**